

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1924**

30.6.1924 (No. 174)



# Badischer Beobachter



62. Jahrgang

Karlsruhe, Montag, den 30. Juni 1924

Nr. 174

Erstausgabe: monatlich durch Erträge Nr. 230 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Nr. 220). Wochenausgabe: monatlich durch Erträge Nr. 230 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Nr. 220). Wochenausgabe: monatlich durch Erträge Nr. 230 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Nr. 220).

Erstausgabe: monatlich durch Erträge Nr. 230 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Nr. 220). Wochenausgabe: monatlich durch Erträge Nr. 230 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Nr. 220).

Verlegerin und Herausgeberin: Aktiengesellschaft Badische Anzeiger-Anstalt (Badische Anzeiger-Anstalt). Verlegerin und Herausgeberin: Aktiengesellschaft Badische Anzeiger-Anstalt.

## Um die Micumverträge.

Man schreibt uns von besonderer Seite: Die Ablehnung der deutschen Anregung, die Micumverträge von nun an zum Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen zu machen, ist bekanntlich von französischer Seite abgelehnt worden. Das ist zweifellos zu bedauern, denn der Vorschlag der deutschen Reichsregierung zielt darauf hin, eine reichere, und dabei doch zweckmäßigere Regelung der durch diese Verträge aufgeworfenen, und für die deutsche Wirtschaft geradezu lebenswichtigen Fragen herbeizuführen. Man muß es bedauern, daß die französische Regierung in dieser Frage eine Haltung einnimmt, die ihr den Vorwurf einträgt, daß sie sich nicht schuldig macht an der weiteren Verzerrung der deutschen Wirtschaft, und damit an der Fähigkeit Deutschlands, überhaupt noch Reparationsleistungen aufzubringen.

Die einmütige Stellungnahme der deutschen Presse gegenüber dem französischen Vorgehen hat eine erfreuliche Rückwirkung gehabt. Sowohl die in Berlin amtierenden diplomatischen Vertreter Englands und Italiens haben auf Grund dieser Stellungnahme der deutschen Öffentlichkeit bei ihren Regierungen darauf eingewirkt, Frankreich zu veranlassen, in der Beordnung dieser Dinge keine Schwierigkeiten zu machen. Frankreichs Stellung ist ohnehin gerade in der Frage der Micumverträge nicht übermäßig stark, ja es steht in Bezug auf die Forderungen der Verträge völlig isoliert da. Die französische Regierung hat gegenüber den deutschen Beschwerden nun erklären lassen, daß sie es nicht mehr für tunlichst erachtet, für die voraussetzungslos noch nur noch kurze, und zwar auf etwa 4 Wochen bemessene Frist der Geltungsdauer der Micumverträge noch eine besondere neue Organisation einzutreten zu lassen. Die französische Regierung hat weiter die deutsche mitgeteilt, daß sie bereit sei, in ihren Anträgen die Unterhändler anzuweisen, die deutschen Anregungen mit aller Sorgfalt in Erwägung zu ziehen.

Nach dieser französischen Auffassung würde also damit zu rechnen sein, daß die Micumverträge nur noch ein Provisorium darstellen, das auf etwa 4 Wochen bemessen wäre. Aber auch für eine solche Frist ist es der deutschen Industrie unmöglich, die für die Führung dieser Verträge notwendigen Mittel aufzubringen. Vier Wochen bedeuten in der gegenwärtigen Kreditkrise für das deutsche Wirtschaftsleben unendlich viel. Man hätte deshalb wünschen müssen, daß die deutscherseits an Frankreich gegebene Anregung, die Verpflichtungen der Micumverträge bis zur Abklärung der Reparationsregelung durch die Verpfändung von Eisenbahnvermögen herbeizuführen, angenommen hätte. Wir würden nun bei der Regelung dieser Dinge nun wieder vor neuen Schwierigkeiten stehen, die man hätte vermeiden können.

Trotz dieses wirklich unnötigen und bedauerlichen Zwischenfalls liegen aber keine Anzeichen vor, daß eine Änderung in der Stellung des gegenwärtigen französischen Kabinetts zur deutschen Regierung in Frage stünde. Man muß die Tatsache in Rechnung stellen, daß Herriot allerdings aus innenpolitischen Gründen und wegen der großen Schwierigkeit, die ihm der Senat bereitet, gewisse innenpolitische Rücksichten nehmen muß. An den Grundlinien seiner Politik, wie er sie in der Kammer vertritt, hat er aber festhalten, und um einen Beweis dafür zu geben, hat Herriot nunmehr in der Frage der Rückkehr der Ausgewiesenen und Befangenen einen sehr gewichtigen Schritt getan. Auch hier ist es bedauerlich, daß es Herriot noch nicht gelungen, alle Widerstände zu überwinden, so daß wir heute noch nicht sämtliche Ausgewiesenen zurückhalten. Aber ein Anfang ist getan, und es sprechen manche Anzeichen dafür, daß auch der völlige Abbau der Boicottmaßnahmen naheliegender wird. Jedenfalls ist es wichtig, aus dem Vorgehen zu ersehen, daß von der französischen Regierung die Verknüpfung der Rückgabe der Ausgewiesenen mit der Erledigung des Sachverständigenprotokolls, aber auch mit der, Frankreich erwünschten Erledigung der Frage der Militärkontrollen nicht in Zusammenhang gebracht wurde. Dieser Umstand läßt die Hoffnung zu, daß auch die anderen, jetzt schwebenden Fragen eine verständlichere Atmosphäre finden, als das bisher der Fall war.

## Der Ruhrbergbau beim Kanzler.

Die Vertreter des Ruhrbergbaus haben am Sonntag in der Frage der Micumverträge bis 10 Uhr abends mit der Reichsregierung verhandelt. Auf Grund der diesen erteilten Instruktionen werden sie Montag die Verhandlungen mit der Micum in Düsseldorf wieder aufnehmen.

## Das sprachwörtliche „Einvernehmen“.

Ein halbamtliches Pariser Communiqué führt aus, daß entgegen der von den Alliierten angebotenen Verhandlung zwischen der französischen und belgischen Regierung hinsichtlich der Verlängerung der Micumverträge stets völliges Einvernehmen bestanden habe. Die beiden Regierungen hätten ihren Vertretern in der Micum stets dieselben Weisungen erteilt und auch an die Reichsregierung stets ein und dieselbe Note in dieser Angelegenheit gerichtet.

## Rücktritt der italienischen Regierung.

### Seine formale Demission?

Rom, 30. Juni. Der Nuovo Paese meldet, daß gestern abend alle Mitglieder des Kabinetts bei Mussolini ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt haben und in einem Brief, der ihre Demission begleitet, erklärten, daß sie dem Führer der Regierung auch weiterhin ergeben bleiben. Mussolini wird heute seine Beratungen mit politischen Persönlichkeiten beginnen. Für morgen wird der Rücktritt offiziell angekündigt. Dienstag wird die Bildung des neuen Kabinetts mitgeteilt werden.

### Die deutsche Kontrollnote.

Paris, 30. Juni. Die deutsche Antwort auf die Note der Vorkonferenz vom 28. Mai in der Frage der Militärkontrolle wurde gestern abend in Paris erwartet. Londoner Meldungen geben den hiesigen Blättern Grund zu der Annahme, daß Deutschland in der letzten Augenblick gewisse Vorbehalte an die Wiederaufnahme der Militärkontrolle geknüpft habe, worauf die französische Regierung, offenbar in der Absicht, einem englischen Schritt zuvorzukommen, sich mit dem Foreign Office in Verbindung setzte und darauf bestand, daß die von der Vorkonferenz aufgestellten Forderungen in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben. Dieser diplomatische Schritt erfolgte in der Form einer Unterredung zwischen dem französischen Botschafter St. Anlaire und Sir Crew. Das Ergebnis ist offiziell nicht bekanntgegeben.

### Um die Juli-Konferenz.

Deutschland soll mitgehen. Der stets gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des Londoner Oberber bestätigt, daß zu dem am 16. Juli beginnenden Reparationskonferenz in London am 2. Juli die deutsche Regierung zugegen werden sollen, nicht, um wie in Versailles eine Regelung diktiert zu erhalten, sondern um bei der Regelung mitzubestimmen.

### Um die Teilnahme Mussolinis.

In Londoner offiziellen Kreisen glaubt man nicht, daß Mussolini persönlich an der Konferenz am 16. Juli teilnehmen wird. Man vermutet, daß der Londoner italienische Botschafter den Auftrag erhalten wird, Italien zu vertreten.

### Separatistisch-kommunistische Allianz.

Essen, 30. Juni. Die separatistische Bewegung im Ruhrgebiet hat neuerdings einen bedeutenden Charakter angenommen. Heute fand in Oberhausen eine große Versammlung statt, in der der Separatistenführer Mattes sprach. Die Kommunisten scheinen nunmehr mit den Separatisten gemeinsame Sache machen zu wollen. Jedenfalls bemerkte man an vielen Häusern, in denen Kommunisten wohnen, die rheinischen Farben. In anderen Orten wird wieder mehr im Geheimen gearbeitet.

### Das Zentrum in Württemberg gegen das Gutachten?

Wenn man einer Meldung der Neuen Bad. Post, vom 30. Juni glauben schenken dürfte, so hätte das Zentrum in Württemberg gegen die Annahme des Danesgutachtens gestimmt. Das ist jedoch u. E. vollkommen ausgeschlossen. In der Tat ist auch im württembergischen Landtag gar nicht über das Danesgutachten abgestimmt worden, was ja auch nicht Sache des Landtags ist, sondern über einen sozialdemokratischen Antrag, der offenbar taktische Nebenwege verfolgte, indem er der Regierung eine bestimmte Marschroute bezüglich des Sachverständigen-gutachtens vorschrieb. Wenn er vom Zentrum abgelehnt wurde, so hatte das, soweit wir im Augenblick urteilen können, keine absolute sondern nur taktische Bedeutung, denn es ist natürlich ausgeschlossen, daß das Zentrum im württembergischen Landtag, in dem u. a. der Reichstagsabgeordnete Andre eine führende Stellung einnimmt, gegen die Annahme des Gutachtens stimmt, während das Reichstagszentrum, in dem derselbe Abgeordnete eine führende Stellung hat, für die Annahme stimmt. Wir werden darüber, wenn das Material vorliegt, noch berichten.

### Volk-Abstimmung über Amerika: Eintritt in den Völkerbund.

New York, 30. Juni. Der Konvent der Demokratischen Partei nahm nach einer Nachtstunde, die bis zum frühen Morgen dauerte, das Programm an, das die Mehrheit des Reolutionskomitees vorgelegt hatte. Der Mehrheitsbericht schlägt vor, daß die Frage, ob die Vereinigten Staaten dem Völkerbund beitreten sollen, einer Volksabstimmung unterworfen wird.

### Immer noch Befassungsschiffen.

Essen, 30. Juni. Wegen des in Lünen am 9. Januar verübten Attentats hat der kommandierende General der Befassungstruppen den Zugverkehr auf der Strecke Lünen-Düsseldorf auf zwei Arbeiterzüge täglich beschränkt. Es werden nur Fahrgäste zugelassen, die im Besitze einer Arbeiterkarte sind. Aus dem unbefestigten Gebiet fahrende Reisende dürfen ihre Fahrt fortsetzen, sind aber auf die beiden Züge angewiesen.

### Ein Teil des Düsseldorf-Regierungsgebäudes beschlagnahmt.

Düsseldorf, 30. Juni. Die Befassungsbefehle hat etwa die Hälfte des Regierungsgebäudes in der Cäcilienallee beschlagnahmt und verlangt, daß die beschlagnahmten 176 Räume bis zum 10. Juli zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich hier um eine Maßnahme, deren Tragweite über die örtlichen Interessen weit hinausgeht und für die Gesamtverwaltung des Regierungsbezirks von größter Bedeutung ist. Wir erfahren dazu, daß man vermutet, die Befassungsbehörde habe diese Beschlagnahme erwogen, um den Kunstsalast freizugeben, nachdem die Künstlerliste beschlossen hatte, die durch die Besetzung des Kunstsalastes verbundene Ausstellung nach Köln zu verlegen. Der beschlagnahmte Teil des Regierungsgebäudes wird wahrscheinlich mit Truppen besetzt.

### Auch Duisburg muß frei werden!

Essen, 30. Juni. Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Weßel hat an den Reichskanzler und den Reichsaussenminister heute folgendes Telegramm geschickt: Im März 1923 wurde der Brückentopf Duisburg mit dem Duisburger und Ruhrorter Hafen besetzt. Die Reichsregierung hat hiergegen als einen Vertragsbruch mehrfach nachdrücklich Verwahrung eingelegt. Seit Januar 1923 teilt dieser wirtschaftlich höchwichtige Teil unseres Ruhrlands das Schicksal des neubeklehten Ruhrgebietes. Die Reichsregierung ist für beide Befassungen die gleiche. In erster Linie Schicksalsgemeinschaft mit dem Ruhrgebiet verbunden, rechnen wir auf das bestimmteste damit, daß bei etwaigem Vertragsverstoß der Reichsregierung auf der Grundlage des Sachverständigen-gutachtens der Brückentopf Duisburg, sowie die anderen aus dem gleichen Anlaß besetzten Gebiete, teils mit dem Ruhrgebiet unbedingt gleich gestellt und damit die Möglichkeit zur Befreiung von der Befassung gewährleistet wird.

### Schwierigkeiten der englisch-russischen Verhandlungen.

London, 30. Juni. In unterrichteten Kreisen verläutet, daß die Forderungen der Vorkonferenz von Kriegsschulden der Jarentregierung die größten Schwierigkeiten für eine Fortsetzung der englisch-russischen Verhandlungen bilden. Die Ansätze, welche die Interessen ihrer Gläubiger des alten Rußlands vertreten, haben daran festgehalten, daß die russische Regierung den vollen Nennwert dieser Schulden im Betrage von 60 Millionen Pfund anerkennt und den Zinsendienst wieder aufnehmen muß. Da die City erklärt, daß sie sich erst auf Anleiheverhandlungen mit Rußland einlassen will, wenn die Frage der Vorkriegsschulden befriedigt geregelt sei, ist dadurch der ganze Komplex der Verhandlungen in Frage gestellt.

### Großes Schandfeuer in Cuxen.

Cuxen, 28. Juni. Ein großes Schandfeuer suchte in der letzten Nacht die hiesigen Eisenbahnwerkstätten heim. Der Brand brach in der großen Montagehalle, in der sich auch die Lokomotivwerkstatt befindet, aus. Es gelang, das Feuer auf seinen Ursprung zu beschränken. Die Montagehalle ist völlig mit sämtlichem Inhalt, darunter etwa 30 bis 33 zur Abfahrt bereit stehende Personenwagen verbrannt. Der Material- und Gebäudeschaden dürfte auf 1 1/2 Millionen Mark zu beziffern sein. Das Personal wird einweilen weiter beschäftigt. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt.

### Ein verheerender Wirbelsturm in Ohio.

Die Stadt Lorain zerstört. Paris, 30. Juni. Nach einer Sabotageaktion aus Cleveland (Ohio) ist die Stadt Lorain von einem Wirbelsturm heimgesucht worden. 300 Personen sollen getötet und 1500 verwundet worden sein. Ein Augenzeuge, der aus Lorain eintraf, behauptet, die Stadt sei völlig zerstört worden. Infolge Unterbrechung der telephonischen und telegraphischen Verbindungen war es unmöglich, eine Bestätigung dieser Nachrichten zu erlangen. Die Feuerwehr von Cuxen, die nach Lorain entsandt worden war, hat Hilfeleistungen ausgeführt und mitgeteilt, daß einige hundert Personen bei dem Einsturz des Theaters verunglückt und davongetragen haben. Der Bürgermeister von Sandusky hat die Behörden in Columbus dringend um Entsendung von Truppen gebeten und erklärt, die Stadt liege in Trümmern. Nach weiteren Nachrichten, die offiziell nicht bestätigt sind, soll die Zahl der Opfer in Lorain ungefähr 100 betragen.

## Aufgaben der Kreditpolitik.

Nach Stabilisierung der Mark stellte sich in der privaten Wirtschaft ein sehr erheblicher Mangel an flüssigem Kapital heraus, den die Inflation mit ihren Scheingewinnen bisher verschleiert hatte. In Produktion und Handel war man daher darauf bedacht, das fehlende Kapital durch Kredite zu ersetzen. Die Privatbanken, die ebenfalls in der Inflationszeit erhebliche Substanzverluste erlitten hatten, konnten die große Kreditnachfrage keinesfalls befriedigen, so daß sich die Kreditnachenden an die Reichsbank, die letzte Kreditquelle der Wirtschaft, wenden mußten. Die Reichsbank hat sich in der Erkenntnis, daß Betriebskapital zur Inangahaltung bezug. Inangahaltung der schwergeschädigten deutschen Wirtschaft unbedingt notwendig sei, bemüht, den an sie herantretenden Ansprüchen gerecht zu werden. Ihre Kapitalanlage in dieskontierten Wechseln und Lombards ist dadurch von 452 Millionen am 30. November 1923 auf 2070 Millionen am 6. Juni 1924, also um 1,6 Milliarden Goldmark gestiegen.

Zur Beschaffung weiterer Kreditmittel stehen nun der Reichsbank theoretisch zwei Wege offen: Sie kann Rentenmarkkredite in stärkerer Maße von der Rentenbank absorbieren. Die Reichsbank hat aber schon 1232 Millionen Rentenmarkkredite ausgegeben, und wenn ihr nun noch bei der Rentenbank 300 Millionen ihres Kontingents zur Verfügung stehen, so muß berücksichtigt werden, daß diese als Reserve vor allem für den Giroverkehr gebraucht werden, in dem am 6. Juni Guthaben von 468 Millionen vorhanden waren. Neben dieser Reserve verfügt die Reichsbank über einen Kassenbestand von 334 Millionen, der aber deshalb nicht verringert werden darf, weil er für die durch mehr als 400 Zweiganstalten der Reichsbank erfolgende Versorgung des Zahlungsvorgangs nötig ist.

Die zweite Möglichkeit liegt — theoretisch — in der Erhöhung des Umlaufs von Reichsbanknoten. Einem Umlauf Reichsbanknoten im Werte von 954 Millionen Goldmark am 6. Juni stand zwar ein verfügbarer Goldbestand von 412 Millionen gegenüber. Mit Rücksicht auf die von der Reichsbank garantierten Dollarischuldensammlungen und noch aus der Kriegszeit stammenden Kreditübertragungen kann aber die Reichsbank nur mit einem Gesamtbetrag von etwa 250 Millionen Gold rechnen. Der umlaufende Papiermarkbetrag ist daher nur etwa zu 25 Prozent mit Gold gedeckt. Die Politik der Reichsbank muß aber darauf gerichtet sein, eine besondere Deckung zu erreichen und den Goldbestand für die große Währungsauflage zu sichern.

Die Reichsbank hat also so gut wie keine Mittel mehr, um weitere Kredite an die Wirtschaft zu geben. Sie sah sich vor die Wahl gestellt, entweder durch Neudruck von ungedeckten Noten eine neue Inflation heraufzubeschwören oder durch Sperrung des Kredits eine schwere Kapital- und Kreditnot und damit eine Wirtschaftskrise zu heraufzubeschwören. Sie wählte den letzten Weg, als sie am 7. April die Kreditferrre verhängte, weil eine neue Inflation in ihren Auswirkungen nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch den Staat und die Reichseinheit völlig zurunde gerichtet haben würde.

Seit dem 7. April hat die Reichsbank im Einverständnis mit der Reichsregierung die Kreditferrre verhängt, und zwar vornehmlich für diejenigen Betriebe, die keine Exportaufträge nachweisen können. Der Grund hierfür liegt in erster Linie in der außerordentlich gefährlichen Entwicklung des deutschen Außenhandels. Seit Ende vorigen Jahres ist eine erhebliche Verminderung der Ausfuhr und demgegenüber eine starke Erhöhung der Einfuhr von Fertigerzeugnissen und von Lebensmitteln und Getränken sehr gestiegen. So haben wir also einen besorgniserregenden Passivsaldo in der Handelsbilanz, der nicht durch Einfünfte anderer Art, die der deutschen Volkswirtschaft zuträgen, z. B. durch Einnahmen aus dem Frachtgeschäft (Spezialtarif), Schiffreparaturen, Einnahmen des Reiseverkehrs usw., ausgeglichen werden kann. Hierdurch wiederum hat sich auch die Abwanderung deutscher Devisenbestände ins Ausland stark vermehrt, so daß bei einer Fortdauer dieses Zustandes mit einer Gefährdung der mühsam stabilisierten Währung gerechnet werden mußte.

Eine gewisse Erleichterung in der kreditpolitischen Lage ist allerdings in den letzten Tagen eingetreten. Die Golddiskontbank hat von England 5 Millionen Pfund und von den Vereinigten Staaten 25 Millionen Dollar Diskontkredite erhalten. Sie der Wirtschaft zugeführt werden sollen. Der Golddiskontbank ist jedoch von den Anleihegebern zur Bedingung gemacht worden, daß auch diese Summe nur Exportfirmen zur Verfügung gestellt werden dürfen. Und das liegt, wie immer wieder betont werden muß, auch im Interesse der deutschen Wirtschaft. Denn nur solche Auslandskredite sind für die deutsche Wirtschaft förderlich und unbedingt, die ihre Exportfähigkeit nachhaltig steigern. Auslandskredite aber, die mittelbar oder unmittelbar nur dem innerdeutschen Konsum zugute kämen, würden den Passivsaldo der Handelsbilanz weiter belasten und damit die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigen.

Die übrige Wirtschaft ist durch den erschreckenden Mangel an Betriebskapital und die Verknappung











# Handel und Volkswirtschaft.

## Die deutschen Vermögen in Spanien.

Inwieweit werden die von Amerika auf Grund der Winslow Bill freigegebenen deutschen Vermögen zur Steuer in Deutschland herangezogen?

Der Treuhänder in Washington hat in seinem Tätigkeitsbericht für 1923 auf Seite VII gesagt, dass die Nutzniesser des Gesetzes vom 4. März 1923 abgeneigt sind, ihr Vermögen zurückzuverlangen in der Furcht und dem Glauben, ihnen werde es zum grössten Teil auf irgendeine Weise wieder abgenommen. Diese Annahme findet in vielen Zuschriften, die an die Amerika-Abteilung des H.-B. gelangen, ihre Bestätigung.

Mit Bezug hierauf hat nun der H.-B. eine entsprechende Anfrage an den Herrn Reichsminister der Finanzen gerichtet, der unterm 17. ds. Mts. darauf folgendes geantwortet hat:

Die von Amerika auf Grund der Winslow Bill freigegebenen deutschen Vermögen unterliegen der Vermögenssteuer 1924, durch deren Entrichtung aber im Hinblick auf die niedrigen Steuersätze (3-7 1/2 vom Tausend des steuerbaren Vermögens) eine erhebliche Schmälerung der freigegebenen Beträge nicht eintritt. Sofern das freigegebene Vermögen infolge Erfalls oder Schenkung den Besitzer gewechselt hat, ist auch Erbschaftsteuer zu zahlen. Von den übrigen in Betracht kommenden Reichsteuern sind die freigegebenen Vermögen gemäss § 18 des Reichsrentensteuergesetzes befreit, sie werden insbesondere auch nicht zur Vermögenszuwachssteuer herangezogen.

Zur kostenlosen Auskunft ist die Amerika-Abteilung des H.-B., Berlin, Dorotheenstrasse 56, bereit. Freiumschlag für Antwort ist beizufügen.

## Wichtig für Kleinaktionäre!

Es häufen sich die Generalversammlungen und vielfach übersehen die Aktionäre die spürlichen Bekanntmachungen ihrer Gesellschaften. Es ist deshalb wichtig zu wissen, dass das Handelsgesetzbuch den Aktionär durch verschiedene zu wenig beachtete Bestimmungen zu schützen sucht.

Jeder Aktionär, der eine Aktie bei der Gesellschaft hinterlegt, kann verlangen, dass ihm die Berichterstattung der Generalversammlung und die Gegenstände der Verhandlung, sobald deren öffentliche Bekanntmachung erfolgt, durch eingeschriebenen Brief besonders mitgeteilt werden. Die gleiche Mitteilung kann er über die in der Generalversammlung gefassten Beschlüsse verlangen (§ 257 H.G.B.).

Jeder Aktionär, gleichgültig ob er eine Aktie bei der Gesellschaft hinterlegt hat oder nicht, kann verlangen, dass ihm spätestens zwei Wochen vor dem Tage der Generalversammlung eine Abschrift der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bemerkungen des Aufsichtsrats und des Geschäftsberichts erteilt wird (§ 265 H.G.B.).

Um dauernd über die für den Aktionär wichtigen Vorgänge in der Aktiengesellschaft unterrichtet zu sein, insbesondere aber um nicht Gefahr zu laufen, dass bei den derzeitigen Umstellungen der Termin des Umtausches versäumt und die alte Aktie für kraftlos erklärt wird, empfiehlt es sich von diesen gesetzlichen Vergünstigungen Gebrauch zu machen. Effekten gut behauptet — Devisen angeboten.

554 Millionen Einfuhrüberschuss.

An den Effektenbörsen verstimmt zu Anfang der Woche die Nachrichten, dass die Mecum-Verträge wie-

der eine Verlängerung erfahren sollen. Ferner gaben die Wiener Schwierigkeiten Anlass zur Zurückhaltung. Die Tendenz war daher anfangs der Woche nicht einheitlich, wurde aber nach mehrfachen Schwankungen zum Schluss fest. In Kriegsleihe entwickelte sich ein ungeheures Geschäft. Man erklärt dies damit, dass das Reich, das bekanntlich gegenwärtig über grössere Barmittel verfügt, die Anleihe auf einmal aufkaufe um diese Schulden zu tilgen, dann aber auch um auf diesem Wege eine Art Aufwertung vorzunehmen, da ihm eine direkte Aufwertung nach dem Vertrag von Versailles verboten sei. Diese Gerüchte sind naturgemäss schwer nachzuprüfen. Der innerdeutsche Valutamarkt sah in dieser Woche einen auffälligen Rückgang des Bedarfs. Da die Ablieferungen von Exportdevisen ausserordentlich günstig sind, sah sich die Reichsbank veranlasst, die Kurse genau der internationalen Parität entsprechend festzusetzen, um unter Ausschaltung des offenen Marktes einen Teil der Ablieferungen an den regulären Bedarf geben zu können. Der französische Franken schwächte sich weiter ab, eine Erscheinung, die man als durchaus der finanziellen Lage Frankreichs entsprechend ansieht. Die Mark hielt den Kurs von 4,166 Billionen.

Der Geldmarkt blieb ohne grössere Geschäftstätigkeit. Tägliches Geld war stark angeboten und bei 7/8 pro Mille kaum anzubringen; der von der Börse offiziell beibehaltene Satz von 1/4 pro Mille entspricht nicht mehr der Marktlage; Abschlüsse sind kaum zu diesen hohen Konditionen getätigt worden. Für Monatsgeld wurden 2-2 1/4-1/2 pCts. gefordert.

Am Metallmarkt ist es immer noch ruhig. Die Ultimoverbindlichkeiten scheinen geregelt zu sein. Die Preise sind eher etwas anziehend. Für Gold wird GM. 2,77, für Platin GM. 14 pro Gramm bezahlt, Silber kostet GM. 89 pro kg., Kupfer wurde aus noch nicht geklärten Gründen in den letzten Tagen stärker gesucht, Elektrolyt Kupfer GM. 1,18 1/2 pro kg. Raffinade-Kupfer GM. 1 pro kg.

Die Produktmärkte verliefen verhältnismässig ruhig, doch blieben die Preise behauptet. Norddeutsche Mehle sind billiger angeboten, finden aber wenig Aufnahme. Die eine Zeitlang bestandene Mitversorgung Süddeutschlands aus den nord- und mitteldeutschen Märkten hat fast völlig aufgehört. Gefragt sind gute ausländische und süddeutsche Roggenauszugsmehle, doch liessen die erzielbaren Preise kaum Nutzen. Hafer wurde auf vermehrtes Angebot billiger, Gerste auf vermehrten Brauereibedarf weiter fest. Mais nicht angeboten, doch rentierte sich die Einfuhr bei etwa Mk. 19 1/2 pro 100 kg nicht, weil die Landwirte lieber billigeren Weizen und Roggen verfrachten.

Am Warenmarkt ist es nach wie vor still. Auf anderen Gebieten hat zwar der etwas flüssigere Geldmarkt eine kleine Belebung gebracht. Fette haben eine Kleinigkeit nachgegeben, insbesondere ist Butter billiger und daher leichter absetzbar. Die Gewürzpreise sind dagegen fest. — Unsere allgemeine Wirtschaftslage ist, trotzdem scheinbar auf einigen Gebieten eine kleine Erleichterung eingetreten ist, zweifellos ungünstiger geworden. Es drückt sich dies auch in der passiven Handelsbilanz pro Mai aus, welche trotz Anstiegs sowohl der Ein- als auch der Ausfuhrziffern einen Einfuhrüberschuss von 354 Goldmark aufweist. Auch die Betriebseinschränkungen u. Einstellungen infolge Kapitalmangels sprechen eine leider nur zu deutliche Sprache.

## Die Reichsindexziffer

für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Mittwoch, den 25. Juni, auf das 1,111-billionenfache der Vorkriegszeit, gegenüber der Vorwoche (112 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 0,9 Prozent zu verzeichnen.

Vom deutschen Weinmarkt. Verminderter Verbrauch in Verbindung mit der Geldnot liessen den Verkehr am Markt noch weiter zurückgehen. Die meisten Umsätze betrafen den momentanen Bedarf von Wirten und Kleinverbrauchern. Mit auffallend gutem Ergebnis fand neuerdings in der Rheinpfalz eine Versteigerung des Ungsteiner Winzerweins statt, wobei steigende Kreditierung (Zahlung in 3 je einen Monat auseinanderliegenden Raten) und die Möglichkeit der Haftentlassung der steigenden Kommissionäre ihren Teil dazu beitrugen.

Nürnberg Hopfenmarkt vom 26. Juni. Am heutigen Hopfenmarkt waren 20 Ballen Zufuhr zu verzeichnen. Der Umsatz betrug 5 Ballen. Das Geschäft war sehr ruhig. Markthopfen, Hallertauer wurden zum Preise von 500 Mark verkauft.

Am süddeutschen Kohlenmarkt hat sich die Lage in der letzten Zeit nicht gebessert. Die Nachfrage scheint sogar noch zurückzugehen, während das Angebot noch immer stark ist, sodass sich während der vier Wochen des Ruhrstreiks die Unterbrechung der Förderung in keiner Weise am Markt geltend gemacht hat. Bestürzung in Wien über den Zusammenbruch der Depositenbank. — Keine Schliessung der Wiener Börse.

Wien, 26. Juni. Der Zusammenbruch der Depositenbank ruft in offiziellen Kreisen grösstes Aufsehen hervor. Die in Umlauf befindlichen Gerüchte, wonach von einer Schliessung der Wiener Börse gesprochen wurde, sind, wie unserem Wiener Vertreter seitens der Börsenkammer mitgeteilt wurde, unbedingt falsch. Was die Depositenbank selbst anbelangt, so wartet die Bankleitung auf die Entscheidung des Handelsgerichts über den Antrag auf Geschäftsaufsicht. Die Situation ist vorläufig noch nicht geklärt, weil nach Ansicht des Finanzministeriums die Verhängung der Geschäftsaufsicht bei Banken nicht zulässig ist.

Preisabbau der Schuhindustrie? Nach einem Bericht des Verbandes der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten E. V. war in der ersten Hälfte des Monats Mai die Beschäftigung der Schuhindustrie im allgemeinen noch als zufriedenstellend zu bezeichnen, obwohl schon damals allgemein über den schlechten Geldgang geklagt wurde. In der zweiten Hälfte des Monats wurden jedoch die Geld- und Kreditverhältnisse immer kritischer. Die Nachfrage nach Schuhwerk wurde infolge des allgemeinen Geldmangels immer geringer. Schon vor Monaten bestellte Waren wurden von der Kundschaft nicht abgenommen. Gegenüber der starken Herabsetzung der Häutepreise trat nur eine verhältnismässig geringe Veränderung der Lederpreise ein. Trotzdem wurden von der Schuhindustrie ganz bedeutende Herabsetzungen der Schuhpreise vorgenommen, ohne dass eine Belebung des Geschäftes herbeigeführt werden konnte. Infolgedessen musste zu Arbeitsverkürzungen bis zu 24 Stunden in der Woche geschritten werden, während einige Betriebe sogar gezwungen waren, vollkommen stillzuliegen.

Tschechoslowakisches Einfuhrverbot für Vieh- und Industrierohstoffe. Nach einer tschechoslowakischen Regierungsverordnung wird die Einfuhr von Viehsalz in die ganze Tschechoslowakei untersagt, weil die staatlichen

Salzmühlen in Olmütz den gesamten heimischen Bedarf decken können. Ebenso wird die Einfuhr von Industrierohstoffen eingestellt. Das Einfuhrverbot von Industrierohstoffen bezieht sich jedoch nicht auf solche Industrierohstoffe, welche das Salz zur Erzeugung von Chemikalien (Erzeugung von Soda, Chlor, Salzsäure usw.) verwenden. Das Verbot tritt am 1. Juli in Kraft.

Landwirtschaftskammer und Hypothekbank. In der Generalversammlung der Rheinischen Hypothekbank, Mannheim, wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, dass in den jüngsten Tagen das Institut mit der Badischen Landwirtschaftskammer ein Abkommen zur Förderung des ländlichen Kredites abgeschlossen habe. Dieses Abkommen schliesst sich eng an das Uebereinkommen an, das von dem Institut im Jahre 1892 mit dem badischen Innenministerium zur Förderung des Kredites für die Landwirtschaft durch Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreditabteilung bei der Rheinischen Hypothekbank getroffen hat. Um diese Kreditabteilung zu fördern, habe die Landwirtschaftskammer ihre Organisation nunmehr zur Verfügung gestellt. Das sei vertraglich festgelegt worden. Nach Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer wurde Dr. h. c. Graf Douglas-Langenstein auf Schloss Langenstein bei Stockach neu gewählt.

Berlin-Karlsruher Industriewerke A.-G. (vorm. Deutsche Waffen). Die Gesellschaft berichtet, dass 1923 infolge der Geldentwertung der für die Produkte zufließende Erlös bei Eingang nur noch geringe Bruchteile des Wertes darstellte, der ziffermässig in Papiermark berechnet einen Gewinn, also bei Umrechnung in Goldmark erhebliche Verluste ergab. Das Werk sei aber gesund und in organisatorischer wie technischer Beziehung sei man gut vorbereitet. Der Reingewinn von B.M. 74 773 (91 Mill.) wird zurückgestellt. (250 Proz.)

Weinversteigerung in Deidesheim. Unter günstigen Zahlungsbedingungen wurden versteigert: 1000 Liter 1921er Deidesheimer G. Herrgottsacker Riesling, Crescenz Niederkircher Winzerverein und zwar 300, 300 und 400 Liter, jedoch verstehen sich die Preise zu je 1000 Liter. Die ersten 300 Liter 4000 Mk., 1000 Flaschen 1921er Königsbacher Reiterpfad, Crescenz Königsbacher Winzerverein in kleinen Gebinden: 200 Flaschen à 5,50 Mk., 200 Flaschen à 5,70, 200 Flaschen à 6,10, 50 Flaschen à 7,10, 200 Flaschen à 7, ebenso 100 Flaschen à 7 Mark.

(\*)

## Kirchliche Nachrichten.

Baden-Baden, Drei-Eichenkapelle. Am Feste Maria Heimführung ziehen wie alljährlich die Gemeinden Balg und Sandweiler in Prozession zur Drei-Eichenkapelle, wofür jeweils Gottesdienst gehalten wird. Am 9. Tage ist ein Amt mit Predigt.

## Der B. B.

als führendes Parteiblatt darf heute in der Hand keines Angehörigen der Zentrumspartei fehlen.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, seinen treuen Diener, unseren innigstgeliebten Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, den

Hochw. Herrn Pfarrverweser

### August Lehr

im Alter von 38 Jahren, unerwartet rasch, doch wohl vorbereitet, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Mögglingen, den 28. Juni 1924.

Die tieftrauernden hinterbliebenen Eltern u. Geschwister.

### Rathol. Frauenbund Karlsruhe.

Am Donnerstag, 3. Juli, nachm. 1/2 3 Uhr, treffen sich die Mitglieder des Rathol. Frauenbundes in der Vorhalle der

### Ausstellung für das Hotel- u. Gastwirts-gewerbe.

Unter fachkundiger Führung und belehrenden Vorträgen findet die Besichtigung der Ausstellung statt mit anschließendem gemüt. Zusammensein.

Eintritt zum halben Preis.

### Jetztodernie!

werden Sie bei dieser Geldknappheit die Vorteile von Henningers Gummi- und Lederbeschlussstift kennen lernen.

Herrn Mk. 4,50 u. 4,20  
Lederstücken u. Ld. Damen  
Herrn Mk. 2,80  
Gummibeschlussstift u. Abs. Damen und 2,40

Sämtliche Reparaturen in bester Ausführung u. Material. — Ago — genäht — genagelt.

Kaiserallee 145. Haltest. Philippstr.

### Iraver Bilder

in grosser Auswahl zu mässigen Preisen. Hier ist rasch.

Buchdruckerei Badenia, Adlerstr. 42

### STADTGARTEN

Diens-tag, den 1. Juli, abends von 8-10 1/2 Uhr:

### Konzert der Harmoniekapelle.

### Dauerstellung.

Bilanzsichere kaufmännische Beamte, in allen Sparten kaufmännischer Tätigkeit gründl. dazugebildet, zuverlässige Arbeiter, auf sofort oder später für aussichtsreiche, sichere Position nach verschiedenen Orten Badens gesucht. Nur arbeitsfreudige Herren mit besten Empfehlungen wollen sich unter Befügung von lückenlosem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild melden unter Nr. 764 an die Geschäftsstelle d. Bl.

### InKarl Hummel's

Schneiderei

Rasiermesser, Rasierklingen, Haarschneidemaschinen, Pferde-scheren, Haarschneid-scheren, Haus-hä-scheren, Tischmesser, Taschenmesser usw.

sauggemäß geschliffen und repariert.

### Plakate

für alle Gelegenheiten fertigt in geschmackvoller u. sauberer Ausführung rasch und preiswürdig an

### Badenia

A.-O. für Verlag und Druckerei Karlsruhe I. B., Adlerstrasse Nr. 42 Fernruf Nr. 535 u. 572

### Berufs-Mantel

JEDER ART OFFERIERT: H. WEINTRAUB KRONENSTR. 52

### Schwimm- und Sonnenbad

beim Rheinhafen  
Straßenbahn-Haltestelle der Linie 1

### ist geöffnet

Außerhalb der Besatzungszone kann ohne Pass oder Personalausweis besucht werden.

### Kirchen

sowie alle sonstigen Gebäude

### heizt

die älteste deutsche Heizungs-firma:

### Theod. Mahr Söhne

### Aachen

Filiale: Köln, Sedanstrasse 15.

### Berufs-Kleidung

JEDER ART OFFERIERT: H. WEINTRAUB KRONENSTR. 52

### 53. Offenburger Geld-lotterie

Gesamt-Gewinne 12000 Mk. Haupt-Ge-winn ev. 6000 Mk.

Losbriefe Sofortiger Gewinn-Auszahlung mit

Loospreis je 1 u. -M., Porto u. Liste 25 Pf. extra. Zu haben bei Lotterie-Unternehmer J. Stürmer, Mannheim, O. 7, 11, u. allen Lotterie-Geschäften

Postcheckkonto: 17403 Karlsruhe

### Als passende Geschenkwerke

empfehlen wir

### Miller, Eise, Im Hause des Glodengießers

gebunden Mk. 2,20.

Eine ergreifende Geschichte einer gemischten Ehe. Ein Seelforger schrieb u. a. darüber: „Etwas so fein psychologisch und ungemein taktvolles und nobles, wie in dieser Erzählung, habe ich noch nicht über die gemischte Ehe gelesen. Ganz aus der Seele gesprochen, ganz wie ich es in 22-jähriger Seelforge habe erleben müssen. Dieser Roman gehört in jede Familie!“

### Scheller, Hugo von, Die Mondscheingräfin

gebunden Mk. 2,50.

Ein Roman aus dem 16. Jahrhundert. Die Geschichte von dem verhängnisvollen Irrtum eines Bauern, der sein und seiner Familie Lebensglück vernichtet, indem er einem Phantom nachjagt. — Alles ist so meisterlich und anmutig tief und lebendig, schlicht und lebenswahr, Sinn und Seele fallend erzählt und gestaltet, daß dies Buch forlan unter die bestbelegtesten Geschlechterromane zählen wird.

### Schrott-Fiechtl, Dr. Hans, Die Bäuerin auf der Vogelkenn

gebunden Mk. 2.—

Ein Tiroler Bauernroman. Viel liebes und starkes ist darin, viel warmes, drängendes Leben und ein wirkliches brennendes Erfahren von der Tiroler Bauerntriebe! Ein schlichtes, bodenständiges Bauernbuch, das auch den fähigsten Leser herzlich erfreut.

### Wüller, Paul, Der Letzte vom Lahn

gebunden Mk. 2.—

Ein Roman aus Rheinlands bitterer Not zur Zeit des Schwabeneinfalls. Vieles in dem Roman mufet an, als wäre die jegige traurige Zeit bitterer Fremdherrschaft in scharfen Strichen skizziert. Dieser Roman, voll von dichterischer Kraft, ist ein Kunstwerk, ebenso sehr ein Werk und verdient in beider Hinsicht weiteste Verbreitung.

A. O. für Verlag und Druckerei :: **Karlsruhe.**